



Liebe Leserin,
lieber Leser,

die neue Bundesregierung ist nun im Amt und beginnt, die politischen Ziele, die in den Koalitionsverhandlungen vereinbart wurden, umzusetzen. Es nimmt nicht wunder, dass sich die Aufmerksamkeit in den ersten Wochen nach der Wahl auf die Bundesebene konzentriert. Dies gilt selbstverständlich auch für die Diakonie, die aufmerksam beobachtet, wie in Zukunft der Sozialstaat gestaltet werden soll. Einiges trifft auf unsere Zustimmung – wenn es etwa um die Nachbesserung der Hartz IV-Gesetzgebung geht. Anderes klingt zunächst gut, doch bei näherem Hinsehen entdeckt man, dass die Tücke manchmal im Detail liegt, wie etwa beim geplanten Elterngeld. Hier muss dringend nachgebessert werden; eine Anrechnung des Elterngeldes auf das ALG II ist der falsche Weg.

Doch so sehr sich der Blick gegenwärtig nach Berlin richtet – auch in Bayern gibt es weiterhin sozialpolitische Fakten und Entwicklungen, die nicht allein die Bundespolitik zu verantworten hat.

Die Zahlen zur Armutsentwicklung, die wir Ihnen in dieser Ausgabe der Standpunkte präsentieren, zeigen ein Bild, das mit dem schönen weiß-blauen Bayern der Standortvermarkter wenig zu tun hat. Die Verantwortung für derartige Entwicklungen ist nicht nur auf Bundesebene, sondern auch auf Landesebene zu suchen. So ist im Zusammenhang mit dem Elterngeld das Landeserziehungsgeld zu nennen. Unnötig zu sagen, dass dieses Instrument unseres Erachtens erhalten werden oder aber durch ein gleichwertiges ersetzt werden sollte. Die Musik spielt also weiterhin auch in Bayern. Im Guten wie im Schlechten.

Mit freundlichen Grüßen und den besten Wünschen für die Advents- und Weihnachtszeit

Ihr
Dr. Ludwig Markert



Die Angst vor dem Ende nehmen

Resolution der bayerischen Diakonie zur Diskussion um die „aktive“ Sterbehilfe

Nürnberg, 26.10.2005 Mit einer Resolution haben sich die Mitglieder des Diakonischen Werkes jetzt gegen die Forderung nach Zulassung der „aktiven“ Sterbehilfe ausgesprochen. In ihrer Resolution bezeichneten die Vertreter und Vertreterinnen von über 1.300 Rechtsträgern mit insgesamt 40.000 Mitarbeitenden die Forderung des Hamburger CDU-Politikers Roger Kusch als „nicht christlich“. „Eine Gesellschaft, die die aktive Tötung sterbender und kranker Menschen zulässt, gesteht damit ihr eigenes Unvermögen ein, Menschen ein Sterben in Würde zu ermöglichen.“

Die Mitglieder der bayerischen Diakonie reagierten mit dieser Resolution auf die seit Wochen andauernde Diskussion um die Zulassung „aktiver“ Sterbehilfe. Eine derartige Zulassung „widerspricht unserem Glauben“, so die Vertreter und Vertreterinnen der Diakonie. Die Diakonie trete vielmehr dafür ein, Menschen in Krankheit und Sterben zu begleiten und ihre Schmerzen zu lindern.

Ausdrücklich begrüßte die Mitgliederversammlung die Ankündigung der Bundesgesundheitsministerin, weitere Mittel zum Ausbau palliativ-medizinischer Maßnahmen zur Verfügung zu stellen, und sprach sich dafür aus, Todkranken einen gesetzlichen Anspruch auf qualifizierte Sterbebegleitung zu ermöglichen:

Die Angst vor dem Ende nehmen

Resolution der Mitgliederversammlung des Diakonischen Werkes Bayern zur Diskussion um die „aktive“ Sterbehilfe

1.) Für die Diakonie liegt menschliches Leben von seinem Beginn bis zu seinem Ende in der Hand Gottes, der ihm Würde und Sinn verleiht. Es widerspricht darum unserem Glauben, das Sterben durch aktives Eingreifen vorzeitig zu beenden. Wir treten dafür ein, dass Menschen in Krankheit und Sterben begleitet und ihre Schmerzen gelindert werden.

2.) Mit Sorge beobachtet die Diakonie in Bayern darum die gegenwärtige Diskussion um die „aktive“ Sterbehilfe. Die Forderung des Hamburger Justizministers Roger Kusch (CDU), „aktive“ Sterbehilfe zu legalisieren, ist nicht christlich. Sie trägt vielmehr dazu bei, auf lange Sicht die „aktive“ Sterbehilfe auch politisch mehrheitsfähig zu machen.

3.) Hinter dem Wunsch nach dem Tod steht nach Ansicht der bayerischen Diakonie in Wirklichkeit der Wunsch nach einem anderen Leben. Die „aktive“ Sterbehilfe kann darum auch kein Dienst am Sterbenden und Schwerstkranken sein. Im Gegenteil: Eine Gesellschaft, die die aktive Tötung alter, sterbender und kranker Menschen zulässt,



gesteht damit ihr eigenes Unvermögen ein, Menschen ein Sterben in Würde zu ermöglichen.

4.) Die bayerische Diakonie fordert darum die politisch Verantwortlichen auf, dabei mitzuhelfen, den Menschen die Angst vor einem Sterben in Schmerzen oder in Einsamkeit zu nehmen.

Dazu gehören die stärkere Einbindung palliativ-medizinischer Maßnahmen in die Ausbildung von Ärzten sowie medizinischem Personal ebenso wie die ausreichende finanzielle Ausstattung von Hospizinitiativen, wie sie auch die Diakonie in Bayern anbietet.

5.) Eine gute Versorgung Schwerstkranker und die Unterstützung ihrer Angehörigen kann sicherstellen, dass der Wunsch nach aktiver Sterbehilfe gar nicht erst entsteht. Die Diakonie begrüßt darum ausdrücklich die Ankündigung von Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt, weitere Mittel zum Ausbau palliativ-medizinischer Maßnahmen zur Verfügung zu stellen. Ebenso unterstützt sie den Vorschlag des Bundesgesundheitsministeriums, Todkranken einen gesetzlichen Anspruch auf qualifizierte Sterbebegleitung zu ermöglichen.

Die Mitglieder des Diakonischen Werkes Bayern

Nürnberg, im Oktober 2005

MIT LEIB UND SEELE

Ihre Diakonie



Armut in Bayern: Massive Verschlechterungen erkennbar

Die Alarmleuchten stehen auf rot – Erfahrungen aus der Praxis

Auch ohne kompliziertes statistisches Material ist die Armutssituation in Bayern schnell messbar: Die Nothilfefonds von lokalen Diakonischen Werken und ihrer Kirchlichen Allgemeinen Sozialarbeit sowie von Kirchengemeinden sind im ersten Halbjahr 2005 deutlich stärker beansprucht worden als dies in der Vergangenheit der Fall war. Deutlich höher fallen zudem die Fahrtkosten der Kirchlichen Allgemeinen Sozialarbeit aus, weil sich die Zielgruppe, besonders im ländlichen Raum, die Fahrten zur Beratungsstelle nicht mehr leisten kann. Diese stärkere Beanspruchung wird auch, da es nun Winter geworden ist, bei dem Ansturm auf unsere Kleiderkammern und Sozialkaufhäuser sichtbar. Die für Kleidung vorgesehene Summe von 34,26 € im Monat für Hartz-IV-Empfänger/innen reicht bei weitem nicht aus.

Doch auch die statistischen Zahlen sind beängstigend: Ende November 2004 war der Armutsbericht der Bundesregierung



Vielen Armen fehlt das Geld, um sich warme Winterkleidung zu kaufen.

in relativer Armut – d. h. mit weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Nettoeinkommens – leben, nützt der relative Reichtum des Freistaats wenig.

Auch die Zahl der Verbraucherinsolvenzen ist im Freistaat in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. Sie lag in 1999 bei 480, in 2001 bei 1.809 und im Jahre 2003 bei 3.361 Fällen. Ausweislich der Antwort der Staatsregierung auf die Interpellation der Grünen zur sozialen Lage in Bayern vom 11. November 2004 stieg diese Zahl bereits im ersten Halbjahr 2004 auf 2.134 Fälle. Auch die Eidesstattlichen Versicherungen – zweifelsohne ein deutlicher Indikator – steigerten sich seit 1989 fast um das Doppelte, und zwar von ca. 71.000 (1998) über ca. 96.000 im Jahr 2000 auf ca. 130.000 im Jahr 2003. – Gemeinsam ist diesen Zahlen vor allem eins: Sie steigen. Und sie sprechen eine bedrückende Sprache.

Und die Folgen?

Die Folgekosten solcher Armutsentwicklung, die nicht zuletzt im Bildungsbereich liegen, sind massiv und müssen bei den Planungen der Sozialpolitik mit bedacht werden. Hierauf weist die bayerische Diakonie seit Langem hin. Neben vielen Gesprächen auf zahlreichen Foren hält sie das Thema auch durch ihr starkes Engagement in der Bayerischen Armutskonferenz im Bewusstsein.

Vor allem aber arbeiten in ganz Bayern viele Tausende von Menschen im Bereich der Diakonie tagtäglich dafür, dass Menschen, die in Bayern leben, ihre Potenziale entfalten und ihr Leben (wieder) in die Hand nehmen können.

Die Rückmeldungen dieser Mitarbeitenden, die wir von vielen Seiten erhalten, sind Frühindikatoren für die soziale Lage im Freistaat. Diese Frühindikatoren stehen im roten Bereich. Hier besteht in dramatischer Weise Handlungsbedarf!

„Wenn ich nicht knapp drüber liege, geht's mir sogar besser. Dann wird manches noch von der Arbeitsagentur übernommen, was ich sonst komplett selbst zahlen müsste, z. B. die Skiklassenfahrt meines Sohnes für 350 €. Ich hoffe, dass ich in dem Monat drunter liege“, sagt eine Mutter, deren Sohn derzeit die 8. Klasse besucht. Sie ist geringfügig beschäftigt, mit unterschiedlichem Stundenumfang, so dass sie in manchen Monaten ergänzend ALG II erhält, in anderen ihr Einkommen knapp über der Bemessungsgrenze liegt. Ihre Bemühungen, von irgendwoher finanzielle Unterstützung zu bekommen, werden von ihrem Sohn folgendermaßen kommentiert: „Es ist mir egal, wo du einen Antrag stellst, so lange meine Klassenkameraden nicht erfahren, dass wir arm sind.“

„Lebenslagen in Deutschland“ bekannt geworden. Zur Erinnerung: 13,5% der Gesamtbevölkerung lebte schon damals unterhalb der EU-Armutsgrenze (die 60 % des Durchschnittseinkommens entspricht, das sind für die BRD: 938 €), 13,9 % der Familien. 1,1 Millionen Kinder waren auf Sozialhilfe angewiesen, 2,8 Millionen lebten unterhalb der Armutsgrenze. Lebenslagen in Deutschland.

Reiches Bayern – armes Bayern?

Oft wird gesagt, Bayern – vor allem im Vergleich zu nördlicheren Teilen Deutschlands – sei ein reiches Land. Denjenigen, die in Bayern

Zum Vergleich die relativen Armutszahlen in Bayern:

1991 galten 8,3 % als relativ arm.
1997 waren es schon 9,5 % aller Haushalte in Bayern.
In absoluten Zahlen entspricht dies etwa 500.000 Haushalten.

Mit weniger als 40 % – dies gilt als strenge Armut – mussten auskommen
4,1 % der Haushalte in 1991 und
5,8 % der Haushalte in 1997.
In absoluten Zahlen entspricht dies 290.000 Haushalten in Bayern.

Autor: Dr. Jörg Kruttschnitt
Funktion: Stellvertretender Vorsitzender des Vorstands
Kontakt: kruttschnitt.joerg@diakonie-bayern.de

Büchergeld – eine weitere Belastung für Familien

„Familien sind von unschätzbarem Wert für unser Gemeinwesen. Sie erbringen Leistungen, die durch nichts und niemanden zu ersetzen sind. Deshalb brauchen Familien, Kinder und Jugendliche jede Hilfe und Unterstützung.“

(Staatsministerin Christa Stewens, aus der Pressemitteilung vom 18.11.2005 des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen anlässlich des Weltkindertages der Vereinten Nationen am 20. November)

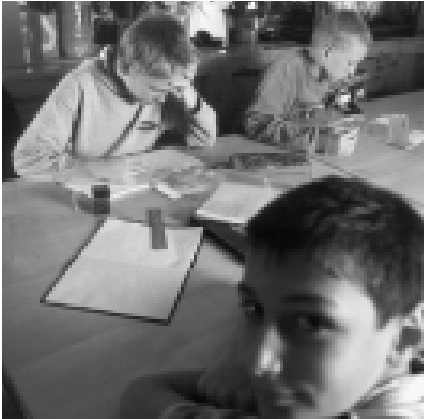
Im Juli diesen Jahres wurde im Bayerischen Landtag mit den Stimmen der CSU die Einführung eines Büchergeldes beschlossen und zum Schuljahr 2005/2006 eingeführt. Nun zahlen Bayerns Eltern jährlich ein Büchergeld von 20 € in der Grundschule und 40 € an anderen Schulen. Das Büchergeld wird in den dazugehörigen Gesetzen als „Eigenbeteiligung der Schüler zur Finanzierung der Kosten der Lernmittelfreiheit“ beschrieben. Eine bemerkenswerte Formulierung! Sie ändert jedoch nichts an der Tat-

sache, dass damit de facto die Lernmittelfreiheit in der bisherigen Form in Bayern abgeschafft ist.

Nebenbei bemerkt bedeutete die Lernmittelfreiheit in der bisherigen Form, dass die Finanzierung z.B. von notwendigen Atlanten für den Erdkundeunterricht, Formelsammlungen für den Mathematik- und Physikunterricht, Arbeitsheften, Kopiergeld, Lektüre, Taschenrechnern, PCs und dazugehörigen Programmen sowieso den Eltern bzw. den volljährigen Schüler/innen oblag.

Büchergeld höher als die tatsächlichen Kosten?

Kurios ist dabei, dass das von Familien zu zahlende Büchergeld z. T. deutlich über den von Kultusstaatssekretär Karl Freller im Januar dem Landtag vorgelegten aktualisierten Zahlen zu den tatsächlichen Durchschnittskosten für die Schulbuchausstattung liegt. Im Bezugsjahr 2002 betragen diese für die Grundschulen 16,17 €, Hauptschulen 15,83 €, Realschulen 27,01 € und Gymnasien 20,58 €.



Lehrmaterialien werden für viele Familien zu teurem Luxus.

Auch wenn Empfänger/innen von Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe, Wohngeld sowie kinderreiche Familien von der Zahlung des Büchergeldes befreit werden, bedeutet dieses doch für alle Familien eine erneute finanzielle Belastung, für wirtschaftlich weniger lei-

stungsfähige Familien einen erheblichen Kostenfaktor. Für Eltern und deren Kinder stellt dies möglicherweise auch eine Stigma-

„Aber die Lernmittelfreiheit ist doch schon längst aufgehoben. Bücher sind doch schon lange nicht mehr das vorrangig genutzte Lernmittel. Es fing vor Jahren an, als Kopiergeld erhoben wurde für Arbeitspapiere. Dann wurde beim Elternabend empfohlen und von den Lehrkräften her auch erwartet, dass Lern-CDs angeschafft und genutzt werden. Weder die CDs noch den CD-Player erstattet mir irgendjemand. Und so geht es weiter: Schon in der Hauptschule brauchen die Schülerinnen und Schüler einen PC zur Erstellung von Referaten und die dazugehörige Lernsoftware für unterschiedliche Fächer. Sind Facharbeiten oder Referate zu erstellen, wird empfohlen, sich im Internet um das erforderliche Material zu kümmern. Jetzt entzündet sich der Widerstand am Büchergeld, dabei ist das ein schleichender Prozess, der schon vor Jahren begonnen hat.“

Mutter zweier Kinder im Alter von 11 und 20 Jahren

tisierung dar, denn sie müssen in der Schule sensible Daten über ihre wirtschaftliche Situation offen legen.

Häufig ist zu hören, dass das zu zahlende Büchergeld im Vergleich zu den allgemeinen Lebenshaltungskosten von nachrangiger Bedeutung sei. Dieses Argument wird bei vielen Einzelbelastungen für Familien ins Feld geführt, es lässt jedoch die stark kumulative Wirkung dabei völlig außer Acht. Und ein Ende dieser kumulativen Belastungen ist nicht in Sicht, denkt man an drohende Studiengebühren, Mehrwertsteuererhöhung etc.

Büchergeld verhindert Zugang zur Bildung

Bildung und der Zugang zur Bildung ist eines der höchsten Güter in unserer Gesellschaft. Sie sind die Grundlage für einen guten Start ins Leben, für ein gelingendes Leben, für die Teilhabe am gesellschaftlichen und am Arbeitsleben. Wir sollten in unserer Gesellschaft jede Anstrengung unternehmen, den Kindern und Jugendlichen sowie deren Familien diesen Zugang so leicht wie möglich zu machen.

Familien, Kinder und Jugendliche brauchen jede Hilfe und Unterstützung. Die Zurücknahme des Büchergeldes wäre hierfür ein deutliches Signal.

Autorin: Birgit Löwe
Funktion: Mitglied des Vorstands
Kontakt: loewe.birgit@diakonie-bayern.de

Berufliche Qualifizierung für Menschen mit Behinderung – wie lange noch?



Wie die Vorgängerprojekte ist auch QUBI (Qualifizierung – Unterstützung – Begleitung – Integration) ein Qualifizierungsprojekt in Werkstätten für behinderte Menschen zur Förderung des Übergangs aus der Werkstatt auf den allgemeinen Arbeitsmarkt. Darüber hinaus soll es die Werkstätten für behinderte Menschen in ihrem Auftrag unterstützen, Menschen mit Behinderung zu qualifizieren und dauerhaft auf den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln. Das aus ESF-Mitteln und aus Entgelten der bayerischen Bezirke geförderte Projekt ist der Nachfolger der „Beruflichen Qualifizierungsinitiative für Menschen mit Behinderung in Werkstätten für Behinderte in Bayern“. Projektträger sind neben dem Diakonischen Werk Bayern auch die Caritas sowie die Lebenshilfe. Ziele des Projektes: Die dauerhafte Integration auf den allgemeinen Arbeitsmarkt und die

Verbesserung der Chancen von Menschen mit Behinderung zur Teilhabe am Arbeits- und damit am gesellschaftlichen Leben.

Erfolgreiche Vermittlungen – ungewisse Zukunft

Trotz der erfolgreichen Vermittlung von Menschen mit Behinderung in den ersten Ar-



Diese Frau mit Down-Syndrom arbeitet in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung

beitsmarkt durch QUBI in den letzten Jahren steht die Finanzierungszusage über 2006 noch aus. Von Seiten des Staatsministeriums wurden dazu bislang keine definitiven Aussagen gemacht. Weder Bedarf noch die zur Verfügung stehenden Mittel seien bislang festgestellt worden – von einer Entscheidung zugunsten QUBIs einmal ganz abgesehen. Aber immerhin: Grundsätzlich wurde seitens des Staatsministeriums die Bereitschaft signalisiert, ein weiteres Projekt im Bereich des Übergangs aus den Werkstätten für behinderte

Menschen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt auch in Zukunft zu fördern.

Der Erfolg eines Projektes wie QUBI ist jedoch nicht nur von der Projektförderung abhängig. Benötigt werden für die Betroffenen Arbeitsplätze und dementsprechend Arbeitgeber, die bereit sind, trotz der angespannten Arbeitsmarktsituation, Menschen mit Behinderung einen Arbeitsplatz zur Verfügung zu stellen und dabei mitzuhelfen, Menschen mit Behinderung die Integration in unsere Gesellschaft zu erleichtern.

Förderung auf allen Ebenen

Im Hinblick auf das allgemeine sozialpolitische Ziel, benachteiligte Menschen – in diesem Falle Menschen mit Behinderung – in unserer Gesellschaft zu fördern, zu unterstützen und zu integrieren und sie damit ein Stück mehr am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu lassen, sollte ein erfolgreiches Projekt wie QUBI den allgemeinen Einsparungen nicht zum Opfer fallen, sondern weiter gefördert werden – sowohl durch öffentliche Mittel als auch durch eine entsprechende Lobbyarbeit bei potenziellen Arbeitgebern. Und dies auf allen Ebenen.

Autorin: Renate Zeilinger
Funktion: Projektmanagerin ESF-Projekt QUBI
Kontakt: zeilinger.renate@diakonie-bayern.de

Diakonisches Werk Bayern stellt Unterrichtsmaterialien vor



Nürnberg, im November 2005 Unter dem Titel „Anders.Sein.“ präsentiert das Diakonische Werk Bayern Unterrichtshilfen zum Thema „Diakonie“ und „Leben mit einer Behinderung“. Die Materialien für den Grundschulunterricht können jetzt beim Diakonischen Werk Bayern in Nürnberg bestellt werden.

Die Mappe für Lehrerinnen und Lehrer in Grundschulen enthält mehrere Unterrichtsentwürfe sowie umfangreiches Material wie Liedblätter, Kopiervorlagen und Folien.

Thematisiert wird neben Auftrag, Geschichte und Angeboten der Diakonie in Bayern insbesondere der Komplex „Leben mit einer Behinderung“ am Beispiel des Down-Syndroms. Vorschläge zu eigenen Aktionen sowie ein Quizspiel für Schulklassen runden das Material ab.

Eingesetzt werden kann „Anders.Sein.“ etwa im Religions-, aber auch im Sozialkundeunterricht. Die Mappe kann zum Preis von 4 € zzgl. Versand bestellt werden beim Diakonischen Werk Bayern, Pirkheimerstrasse 6, 90408 Nürnberg, Frau Renate Meinhardt, 0911-93 54 208 oder aber via e-mail unter meinhardt.renate@diakonie-bayern.de.

Für das Jahr 2006 ist eine Fortsetzung geplant – dann mit Entwürfen und Materialien für die Sekundarstufen 1 und 2.

Du bist Deutschland? Du bist Nachbar Die Diakonie in Bayern präsentiert die WIR_AG

Es scheint fast, als hätte die Diakonie in Bayern eine prophetische Gabe. Denn als zum ersten Mal die „Du bist Deutschland“-Kampagne über die deutschen Fernsehschirme flimmerte, waren bereits die ersten Materialien zum Jahresthema 2006/2007 der bayerischen Diakonie konzipiert. Im Mittelpunkt diesmal – nach Würde und Gerechtigkeit im Jahr 2005 – das Thema „Nachbarschaft“ in all seinen Facetten: Von der Nachbarschaft in der Gemeinde über ehrenamtliches Engagement bis hin zur weltweiten Nachbarschaft. Die „WIR_AG“, wie der Oberbegriff des Jahresthemas lautet, bündelt diakonische Initiativen, die zu einem gelingenden Gemeinwohl auf allen Ebenen beitragen.

Zentrales Element der Nachbarschaftskampagne sind neben der Vorstellung verschiedener Nachbarschaftsinitiativen die „Feste für Nachbarn“. Künstler unterschiedlichster Größenordnung und musikalischer Richtung werden auf allen Ebenen der Diakonie für

Nachbarn und Nachbarinnen spielen – sowohl im landesweiten Rahmen als auch beim Sommerfest des Diakonievereins nebenan. Flankiert werden die Feste durch Präsentationen diakonischer Aktivitäten vor Ort sowie von Podiumsveranstaltungen, die auch das Jahresthema der Diakonie in Bayern 2005,

„Für Würde eintreten. Für Gerechtigkeit streiten.“ begleitet haben. Und selbstverständlich werden auch die „Standpunkte“ ihr Gesicht verändern.

Gemeinsam sollen diese Maßnahmen sichtbar und erlebbar machen: Gerade in einer Zeit, in der das Soziale im Politischen eine anscheinend immer geringere Rolle spielt und gleichzeitig immer wichtiger wird, sind es die einzelnen Menschen – die Nachbarinnen und Nachbarn eben –, die den Begriff der Solidarität und der sozialen Gesellschaft wieder mit Leben füllen können. Und die Diakonie wird sie dabei gerne unterstützen.



Dieser Ausgabe der Standpunkte ist der Flyer „Suchtprobleme sind lösbar“ des Evangelischen Fachverbandes für Sucht- und Drogenhilfe in Bayern beigelegt.

Kontakt: Diakonisches Werk Bayern
Fachreferat Sucht- und Drogenhilfe
Petra Eberle
Pirkheimerstraße 6
90408 Nürnberg
Tel.: 0911 93 54 - 442, - 443
eberle.petra@diakonie-bayern.de

**Der „andere“ Adventskalender:
Ungeschönter Blick auf die Wirklichkeit
von Hartz IV-Empfängerinnen und
Empfängern**

Nürnberg, 01.12.2005 Ungefiltert und ungeschminkt – so zeigt das Diakonische Werk Bayern seit dem ersten Advent den Alltag von arbeitslosen Menschen in Bayern. Im Hartz IV-Adventskalender öffnet sich im Internetauftritt des Wohlfahrtsverbandes jeden Tag ein Türchen. Dahinter verbergen sich unterschiedliche Schicksale, die vom Leben mit Hartz IV geprägt sind.

Haarsträubende Fälle und alltägliche Geschichten wechseln sich ab: Geschichten, die von akuter Gesundheitsgefährdung durch Hartz IV berichten, aber auch von der allgegenwärtigen Diskriminierung, der die Empfängerinnen und Empfänger des Arbeitslosengeldes II begegnen.

Dr. Ludwig Markert, Präsident des Diakonischen Werkes Bayern: „Hinter allen Zahlen und hinter jeder Statistik stehen immer auch Einzelschicksale. Einige von ihnen möchten wir einer breiteren Öffentlichkeit vorstellen.“ An ihnen werde deutlich, wie problematisch und teilweise auch gefährlich die Umsetzung von Hartz IV sei – wenn etwa eine Betroffene, die an Diabetes leide, keine geeigneten Nahrungsmittel mehr kaufen könne.

Die authentischen und anonymisierten Erzählungen stammen aus den Beratungsstellen der Diakonie in ganz Bayern – von Oberfranken bis Oberbayern, von Aschaffenburg bis Passau. Dokumentiert wurden sie von den Mitarbeitenden der Beratungsstellen.

Sie finden den Hartz IV-Adventskalender unter www.diakonie-bayern.de.

Impressum

Herausgeber: Diakonisches Werk Bayern e.V.
Redaktion: Fachgruppe Kommunikation
Pirkheimerstraße 6
90408 Nürnberg

Postadresse: Postfach 120320
90332 Nürnberg
Tel.: 09 11 / 93 54 - 204
Fax: 09 11 / 93 54 - 215
info@diakonie-bayern.de
www.diakonie-bayern.de

Erscheinungstermin: Dezember 2005

Druck und Gestaltung: Druckerei Ulrich, Nürnberg

Fotos: Andreas Bohnstengel
© Diakonisches Werk Bayern e.V.

Alle Beiträge, wenn nicht anders gekennzeichnet, aus der Fachgruppe Kommunikation.